D.R.-Patent.
Vollkommenster, selbstthätiger, geräuschloser
Thürschliesser.
Prospecte gratis und franco. 60,000 Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius, Dresden-N., Tieckstrasse 27.
(Fernsprechamt II, Nr. 2106.)

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang.
Aufl. 54,000 Stück.
Dresden, 1892.

Joppen, Havelocks, Schlafröcke
beim Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 8 u. 10.

Gustav Hitzschold
Tapeten
Moritzstrasse Nr. 14.

Havelocks
in grösster Auswahl, Stück 15—60 Mk., Reisemäntel, Gummimäntel, Paletots, Joppen empfiehlt
Robert Kunze, Altmarkt 1 (Rathhaus)
Special-Geschäft für Reise-Artikel und Herren-Modewaaren.

MATTONI's GIESSHÜBLER stärkster alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

Lederwaaren-Specialität!
Portemonnaies, Cigarrenetuis, Damentaschen etc.
— Gesangbücher. —
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3 (zunächst dem Altmarkt).

Dresdener Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1—3.
Fernsprechstelle 1606.

Nr. 70. Spiegel: Die Arbeitslosen in Wien, Arbeitsmangel auf dem Lande. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Gewerbeverein, Dresdner Reiterheim, Arbeiterversammlungen in Leipzig, Gerichtsverhandlungen. „Die blaue Blume", „Am Fenster", „In Civil". Donnerstag, 10. März.

Politisches.

Die Hilfsaktion für die Arbeitslosen, welche in Wien seit Beginn der vorigen Woche in's Werk gesetzt worden war, nahm von Tag zu Tag einen immer bedenklicheren Umfang an. Täglich wurden in einer ganzen Reihe von Vorortsbezirken der Hauptstadt des Habsburgerreiches Brotvertheilungen veranstaltet, zu denen sich viele Tausende von Männern, Frauen und Kindern zusammenfanden. Das Bild, welches sich bei diesen Menschenansammlungen entrollte, war wahrhaft trostlos; es zeigte die ganze Nothlage der arbeitslosen Bevölkerung in physischer wie moralischer Beziehung. Einige nähere Angaben, bei denen die Berichte über die Vorgänge am Montag benutzt sind, mögen das Gesagte beleuchten. Vor dem Gasthausgarten „Zur Bretze" in Neulerchenfeld, wo die Vertheilung an Frauen und Kinder stattfand, war der Andrang ein ungeheurer. Um halb 5 Uhr war die erste Partie von mehr als 3000 bedürftigen Frauen und Kindern abgefertigt worden. Beim Einlassen der zweiten Partie, einer Menge von mehr als 2000, entstand ein beängstigendes Gedränge, aus dem man furchtbare Jammerschreie und Hilferufe vernahm; 30 bis 40 Frauen und Kinder wurden ohnmächtig aus der unheimlichen Situation gebracht. Vor einem anderen Gasthaus in Ottakring waren zu derselben Zeit 6000—7000 Menschen angesammelt. Die Scenen, welche sich hier abspielten, waren besonders charakteristisch. Es entstand ein Gedränge, welches jeder Beschreibung spottet; alle Bemühungen, Ordnung zu verschaffen, blieben erfolglos. Aus dem Knäuel ertönten Hilferufe von Menschen, welche besorgten, erdrückt zu werden. Alle Augenblicke gaben die Leute in einem wüsten Geschrei ihrem Unmuthe über das lange Warten und lebensgefährliche Gedränge Ausdruck. Dabei machten sich Elemente bemerkbar, welche in der Art und Weise, wie sie die Brotgabe entgegennahmen, es bestimmt zum Ausdrucke bringen wollten, daß sie in der Spende keinen Gnadenakt erblicken. Die, welche ohne Brot abziehen mußten — es waren mehr als 2000 —, machten ihrem Unmuthe durch heftige Worte Luft. Manche drohten mit Erschlagen und Erstechen. An einzelnen Orten arteten die Drohungen bereits in Thätlichkeiten aus, so daß die Polizei einschreiten und Verhaftungen vornehmen mußte. Mit der Anzahl der Bedürftigen wuchsen auch deren Ansprüche. Sie begnügten sich zum Theil nicht mehr mit Brot oder Anweisungen auf ein Mittagsmahl, sondern sie verlangten Geld.

Aus anderen Erscheinungen geht ferner klar hervor, daß wahrscheinlich ein recht großer Theil der sog. Arbeitslosen Leute sind, die überhaupt zur Arbeit keine Lust haben und, selbst wenn ihnen solche geboten würde, ihr ärgerlich aus dem Wege gehen würden. Recht bezeichnend hierfür ist ein Vorgang, der sich vor dem Vertheilungslokal in Ottakring ereignete. Dort verlangte ein Baumeister 20 Männer und 18 Frauen, die sofort bei ihm Arbeit finden könnten, aber Niemand meldete sich aus der Menge, die nach Tausenden zählte. Bemerkenswerth ist ferner die Thatsache, daß die Schnapskneipen in der Umgebung der Vertheilungsstätten von einem arbeitsscheuen Lumpenproletariat angefüllt waren, welches das empfangene Brot in Schnaps umsetzte. In den erwähnten Schänken, welche der Wiener sehr treffend „Giftbütten" nennt, waren Abends Hunderte von Broten aufgeschichtet, die wieder unter der Hand an die Hilfskomitee's verkauft wurden.

Man ersieht aus den angeführten Vorgängen, eine wie bedenkliche Seite der in Wien in Scene gesetzte Versuch hatte, dem Nothstande abzuhelfen, welcher überdies nur zum Theil eine Folge der Arbeitslosigkeit ist. Die Wiener Hilfsaktion war weit eher geeignet, ein revolutionäres Proletariat zu züchten, als den unfreiwilligen Arbeitslosen in der Noth beizuspringen, unter denen ohnehin die besseren Elemente es verschmähen, stundenlang in Frost und Kälte in lebensgefährlichem Gedränge zu harren, um ein Stück Brot zu erhalten. Die Wiener Brotvertheilungen erweckten unwillkürlich die Erinnerung an die Zustände in Rom zur Zeit des Verfalles der Republik, wo die höheren Beamten die in der Hauptstadt zusammengeströmten Volksmassen nur durch Spiele und Brotvertheilungen bei guter Laune zu erhalten vermochten. Panem et circenses, Brot und Cirkusspiele, war damals das Losungswort der altrömischen Proletarier. Die oben geschilderten Vorgänge lassen erkennen, daß auch das licht- und arbeitsscheue Gesindel in Wien, falls dort die bisher beliebte Art, dem Massenelend zu steuern, noch lange fortgesetzt worden wäre, sich gar bald auf den Standpunkt gestellt hätte, das vertheilte Brot sei keine Gabe der freien Mildthätigkeit, sondern ein ihm gebührender Tribut, durch welchen man allein den Ausbruch der Revolution beschwören könne. Wird diese Vertheilung, so wurde der „Kreuzztg." aus Wien geschrieben, noch durch zwei bis drei Wochen in der bisherigen Weise, bei der die Nothlage des Getheilten nicht im Mindesten geprüft wird, fortgesetzt, dann sind diese Menschenansammlungen nicht nur ihrem Umfange nach riesig angeschwollen, sondern gewissermaßen auch behördlich legitimirt; und man kann wohl neugierig sein, was dann geschieht, wenn einmal kein Brot mehr zur Vertheilung vorhanden ist.

Inzwischen hat die Wiener Polizei soeben jede weitere Hilfsaktion untersagt. Der polizeiliche Erlaß begründet das Verbot durch den Hinweis, daß die stattgehabten Brotvertheilungen die öffentliche Ordnung und das öffentliche Wohl gefährden. Weiter wird hervorgehoben, daß bereits Widersetzlichkeiten gegen die Organe der öffentlichen Sicherheit vorgekommen sind. Das Verbot wird in der Wiener Bevölkerung sicherlich mit Freude begrüßt werden, da die oben geschilderte Hilfsaktion mit ihren bedrohlichen Folgen keineswegs als angemessen angesehen werden kann.

Die Hauptursache des Massenelends in Wien wie in den großen Städten des Deutschen Reiches ist das rasche und ungesunde Wachsthum, in Folge der unverhältnißmäßigen Zunahme der städtischen Arbeiterbevölkerung. Das Ueberangebot der Arbeiter erzeugt die Arbeitslosigkeit, Mangel und Noth in körperlicher und sittlicher Hinsicht und zugleich wächst damit jener verkommene großstädtische Pöbel, welcher nicht arbeiten will und die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet, wie es in unserer Reichshauptstadt vor kurzer Zeit am auffälligsten zu Tage getreten ist. Die Kehrseite dieser düsteren Erscheinung ist der Arbeitermangel auf dem flachen Lande, über den allenthalben so lebhafte Klage geführt wird. Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß die Wurzel aller dieser Uebel, bei uns wie nicht minder in Oesterreich, vornehmlich in dem herrschenden unbedingten Freizügigkeitsprinzip zu suchen ist. Auf der einen Seite verfallen die Arbeiter dem Elende des großstädtischen Proletariats, auf der anderen Seite geht der Getreidebau bei dem zunehmenden Arbeitermangel immer weiter zurück und wir gerathen bei wachsender Bevölkerungszunahme in immer größere Abhängigkeit vom Auslande, welches uns mit Getreide versorgen muß. Früher, vor der Aera des wirthschaftlichen Liberalismus, war den Kommunen in der Erhebung eines Einzugsgeldes ein Mittel in die Hand gegeben, überflüssige Zuzügler abzuweisen. Viele von Denen, welche jetzt in hellen Haufen den Städten zuströmen, weil sie dort bei geringerer Anstrengung einen besseren Verdienst zu finden hoffen, würden ruhig und zufrieden bei ihrer ländlichen Arbeit bleiben und diese nicht mit einer unsicheren Zukunft in der Stadt vertauschen, wenn sie sich bewußt wären, daß das geträumte Wohlleben in den Städten ohne vorausgegangene pekuniäre Opfer nicht zu erreichen ist. In der Zuschrift eines Landwirthes an den „Reichsboten" wird darauf hingewiesen, wie weit England mit seinem Freihandel und seiner Freizügigkeit gekommen ist. Dort ist der Ackerbau immer weiter zurückgegangen, die reichen Lords haben ihren Acker in Parks und Viehweiden verwandelt, weil der Ackerbau nicht mehr lohnend war. Die Arbeiter wanderten in die Städte, wo sie einem Elend verfallen sind, welches nach Berichten des englischen Gesundheitsamtes wahrhaft Entsetzen erregend ist. Früher, vor dem Freihandel und der Freizügigkeit, gab es in England einen reichen Bauernstand, der ländliche Lohnarbeiter war wohlhabend; er besaß neben seinem Lohne ein kleines Besitzthum mit eigenem Hause, den das Recht der Benutzung des Gemeindelandes für Viehweide, Holz und Torf. Jetzt sind Bauer und Häusler verschwunden, die Zahl der Millionäre aber ist gewachsen. Großen Reichthum auf der einen, tiefste und bitterste Armuth auf der anderen Seite: das ist das Bild, welches uns das reiche England, der Idealstaat des Liberalismus, trotz seines Welthandels und seiner großartigen Industrie gewährt. Mit Recht sagt daher der erwähnte Landwirth: Das wird und muß das Schicksal jedes Landes sein, das seinen Ackerbau vernachlässigt, mag sein Handel und seine Industrie auch noch so sehr blühen. Der Wohlstand eines Landes ist nur dann dauernd gesichert, wenn seine Landwirthschaft in einem blühenden Zustande erhalten wird; das im Lande gebrauchte Getreide und die sonstigen Rohprodukte müssen möglichst im Lande selbst gewonnen und erzeugt werden. Das war die Politik Friedrich's des Großen, sie ließ ihn die schweren Wunden des siebenjährigen Krieges überwinden. Daran werden auch wir festhalten müssen, wenn anders wir Land und Volk glücklich und zufrieden erhalten wollen. —Lo.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 9. März.

Berlin. Reichstag. Die Etatsberathung wird bei den Zöllen und speziell dem Antrage Menzer und Gen. auf Erhöhung des Zolles für Tabaksblätter von 86 auf 120 Mk. fortgesetzt. — Abg. Brünings (nat.-lib.) befürwortet diese Zollerhöhung, welche die Mißstände beseitigen würde, unter deren Einfluß der deutsche Tabakbau sich im Rückgange befinde. Mit der Erhöhung des Zolles auf 125 Mk. werde der deutsche Tabak wieder mit dem fremden Produkt in Concurrenz treten können. — Abg. Cleum-Ludwigshafen (nat.-lib.) konstatirt, daß der Rückgang des Tabakbaues besonders den kleinen und mittleren Bauer schwer treffe. In der Pfalz gingen die Preise der Güter rapid zurück und zum Theil fänden sich überhaupt keine Käufer. Für den Bauer, der doch an die Scholle gebunden sei, sei diese Entwickelung geradezu verhängnißvoll. — Abg. Dr. Barth (freis.) bestreitet, daß sich gerade in der letzten Zeit die Verhältnisse zu Ungunsten des deutschen Tabakbaues entwickelt haben. Weder hinsichtlich der Menge der Produktion noch hinsichtlich des Preisertrages sei gegenüber dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre ein Rückgang eingetreten. Die vorgeschlagene 50prozentige Erhöhung des Zolles würde eine Vermehrung des Zollertrages von 20 Millionen ergeben, vorausgesetzt, daß keine Verminderung des Consums von ausländischem Tabak eintrete. Das wäre eine durch nichts zu rechtfertigende Mehrbelastung der deutschen Steuerzahler. Aber thatsächlich werde eine sehr erhebliche Verminderung des Consums ausländischen Tabaks eintreten und es sei mehr als fraglich, ob dies zu Gunsten des deutschen Tabaks geschehen würde, denn zum ausländischen verhalte sich der deutsche Tabak wie Cichorie zu Kaffee. (Oho!) Die kürzlich eingetretene Steigerung des Rohtabaks habe auf die Preise des deutschen Tabaks keinen Einfluß gehabt; von einer künstlichen Preissteigerung durch Zollerhöhung könne man einen solchen Einfluß weniger erwarten. Hinsichtlich der von den Freihändlern behaupteten Belastung des inländischen Konsums durch die Zölle sei jetzt beim Getreide der Beweis geliefert. Während am 1. November 1891 die Preisdifferenz für Weizen zwischen Berlin und London 46 Mk. betrug, stellte sie sich am 6. Februar 1892 nur noch auf 31 Mk. Wie in den Getreidepreisen, so komme der Getreidezoll auch in den Brotpreisen zum Ausdruck. Das deutsche Volk werde durch den Getreidezoll um 200 Millionen belastet. Wenn der Reichskanzler an den Getreidezöllen festhalte, so werde er doch durch die Verhältnisse zum Aufgeben derselben gezwungen werden. — Staatssekretär v. Maltzahn: Der seit dem 1. Oktober eingetretene Preisabschlag war die Folge der an der Grenze auf die Zollermäßigung wartenden und nach derselben einströmenden Getreidemengen. Werde der Antrag Menzer angenommen, so würden die verbündeten Regierungen in eine wohlwollende Erwägung desselben eintreten. Die Anbaufläche des Jahres 1891/92 sei etwas geringer, als die in 1890/91, aber immer noch höher, als 1889/90; sie geht zurück und nimmt zu mit dem Fallen und Steigen der Preise für inländischen Tabak. Ein dauernder Rückgang sei nicht festgestellt. — Abg. Dr. Bürklin (nat.-lib.): Die Anbaufläche habe in den letzten 10 Jahren eine nicht unbeträchtliche Verminderung erfahren. Die Verminderung würde noch augenfälliger sein, wenn nicht noch fortgesetzte Versuche mit dem Tabakbau in Gegenden gemacht würden, in denen derselbe bisher noch nicht vertreten war. Angesichts der hohen Tabaksteuer sei der Bauer gezwungen, ein unverkauftes Produkt auf den Mist zu werfen. — Abg. v. Winterfeldt-Menkin (kons.) befürwortet den Antrag unter Hinweis auf die Nothlage des deutschen Tabakbaues, der Tausenden Beschäftigung gebe. Konkurrenz mache uns vor Allem der schlechte amerikanische Tabak. Deutschland sei das Aufnahmeland für allen niederträchtigen Tabak, den Amerika exportire und für den sich in den Monopolländern natürlich kein Absatz finde. Die beantragte Zollerhöhung sei geeignet, eine Hebung des deutschen Tabakbaues herbeizuführen. — Schrader (nat.-lib.): Es handle sich um die Erhaltung einer großen Anzahl selbstständiger Bauernexistenzen. Das Ziel solle erreicht werden durch Herabsetzung der Tabaksteuer oder Erhöhung des Zolles. Beide Wege würden zunächst zu einer Ueberproduktion führen. Aber bei der Herabsetzung der Steuer würde das Setzen der Produktion auf das Maß des Bedarfs leichter von statten gehen. Eine Erhöhung des Zollsatzes könne unserem Tabakbau nicht helfen. — Abg. Molkenbuhr (Soz.): Durch die Tabaksteuer seien die Tabakarbeiter z. B. in eine üble Lage gekommen. Die Fabrikanten hätten die Steuer bei den Löhnen in Abzug gebracht, sodaß die Arbeiter nicht mehr so viel verdienten, als sie zur Erhaltung ihrer Existenz brauchten. Die gleiche Folge werde eine Erhöhung des Tabakzolles haben. — Abg. Höffel (Rchsp.): Ganz bedeutend sei der Tabakbau in Elsaß-Lothringen zurückgegangen. Eine Zollerhöhung würde zweifellos eine Besserung bringen. Die Sache sei um so wichtiger, als die Landwirthschaft durch die Handelsverträge empfindlich berührt worden sei und als sie unter dem Zuge der Arbeiter nach den großen Städten sehr leide. — Abg. Fröhlich (nat.-lib.) befürwortet die Einführung eines den inländischen Hopfenbau ausreichend schützenden Hopfenzolles, namentlich Rußland gegenüber und wendet sich dann gegen v. Barth's Angriffe auf die Getreidezölle, die für die kleinen Landwirthe eine Lebensfrage seien. — Abg. Dr. Oertzer (Centr.) schließt sich dem Verlangen nach einem ausreichenden Hopfenzoll an, erblickt in der Herabsetzung der Tabaksteuer ein besseres Mittel, dem Tabakbau zu helfen, als in der Zollerhöhung, weist den von Dr. Höffel gestreiften Gedanken auf ein Tabaksmonopol zurück und wendet sich dann entschieden gegen die v. Barth'schen Ausführungen über die Getreidezölle. — Abg. Dr. Brömel (freis.) ergänzt das von Dr. Barth angeführte Material zum Beweise dafür, daß die infolge der Handelsverträge eingetretene Zollermäßigung in einem Rückgang der Getreidepreise zum Ausdruck gekommen sei und bekämpft den geforderten Hopfenzoll, durch den die Brauerei-Industrie geschädigt werde, und die beantragte Erhöhung des Tabakzolles, durch welche gewisse Qualitäten mit 260 Proz. des Werthes herangezogen werden würden. — Abg. Frhr. v. Stumm (Rchsp.): In der Getreidezollfrage sei nichts Neues vorgebracht worden. Es handle sich hier eben um Prinzipien. Wir sagen, wer der Allgemeinheit dienen wolle, müsse den Wohlstand der Einzelnen heben, denn aus dem Einzelnen setze sich die Allgemeinheit zusammen. Die Herren links dagegen wollten die Interessen der Allgemeinheit fördern, indem sie die Einzelexistenzen schädigen und vernichten. — Abg. Dr. Barth (freis.): Wir vertreten die Interessen des kleinen Konsums gegen die des Großgrundbesitzes. — Abg. Menzer (kons.) vertheidigt seinen Antrag. Die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter würden durch den Antrag nicht beeinträchtigt, aber der tabakbauenden landwirthschaftlichen Bevölkerung werde derselbe zum Segen gereichen. — Abg. Holtz (Rchsp.) bestreitet, daß Getreide- und Brotpreise gleichmäßig steigen und fallen. Herr Barth vertrete den Konsum, das wissen wir, aber dieser Standpunkt sei eben falsch, weil einseitig. Wolle man gerecht verfahren, so müsse man auch die Produktion berücksichtigen, da diese ebenso wichtig sei, als der Konsum. Die Position Zölle wird angenommen. Bei der Abstimmung über die Resolution Menzer und Genossen macht sich Auszählung nöthig, welche Beschlußunfähigkeit des Hauses ergiebt. Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später an. — Abg. v. Massow (kons.) fragt, ob vom Reichskanzler die angekündigte Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz eingegangen sei. — Präsident v. Levetzow bemerkt, daß er dem Hause davon Mittheilung gemacht haben wurde. — Staatssekretär v. Bötticher theilt mit, daß die Novelle dem Bundesrath zugegangen sei; wenn sie hier werde erledigt werden, könne er natürlich nicht sagen. — In der neuen Sitzung werden die Verbrauchssteuern und Stempelabgaben, die Etats des Reichsschatzamtes und der Reichsschuld, die Matrikularbeiträge, die nach der erfolgten Streichung um 2,6 Mill. gekürzt werden, das Etatsgesetz und das Anleihegesetz angenommen. — Nächste Sitzung Montag: Urheberschutzkonvention mit Amerika, 3. Lesung der Krankenkassennovelle. Der Präsident hofft auf ein vollzähliges Haus. Durch den bisherigen Zustand würden nicht nur die Geschäfte aufgehalten, es litt auch das Ansehen des Reichstages. Die Abstimmung über die Resolutionen, betreffend die Auslieferung an fremde Regierungen und die Erhöhung des Tabakszolles findet in 3. Lesung des Etat statt.

Berlin. Zu Ehren des heutigen Geburtstages des Czaren findet morgen beim Kaiserpaar eine größere Tafel statt. — Die Nachricht der „Kreuzzeitung", daß mit dem Herzog von Cumberland Verhandlungen bezüglich der Thronfolge seines Sohnes in Braunschweig stattgefunden hätten, entbehrt dem „Reichsanzeiger" zufolge jeder Begründung. — Der Kultusminister hat die Universitäts-Kuratoren ersucht, die akademischen Senate und einzelnen Fakultäten über die Frage der Zulassung der Frauen als Studirende oder Gastzuhörerinnen zu den Vorlesungen zu hören und deren Berichte mit eigenen gutachtlichen Aeußerungen alsbald einzureichen. — Die Budgetkommission des Reichstages nahm die Vorlage über Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften in mehrfach veränderter Fassung an. Darnach erhalten Familien der Mannschaften aus der Ersatzreserve dieselbe Unterstützung für die zweite und dritte Uebung, wie die der einbezogenen Mannschaften der Reserve, Land- und Seewehr. Der Anspruch muß binnen 4 Wochen nach Beendigung der Uebung bei der Gemeindebehörde angebracht werden. Die täglichen Unterstützungen sollen betragen a) für die Ehefrau 30 Proz. des ortsüblichen Tagelohnes; b) für jede der sonst unterstützungsberechtigten Personen 10 Proz. des ortsüblichen Tagelohnes mit der Maßgabe, daß der Gesammtbetrag der Unterstützung 60 Proz. des Betrages des ortsüblichen Tagelohnes nicht übersteigt. Schließlich wird auf Antrag des Abg. Dr. Hartmann-Plauen folgender neuer Paragraph beschlossen: Unterstützungen nach Maßgabe dieses Gesetzes werden auch rücksichtlich solcher Friedensübungen gewährt, die ganz oder theilweise in der Zeit vom 1. April bis 1. Juli 1892 stattgefunden haben. Ist die Friedensübung vor dem Inkrafttreten des Gesetzes beendet, so beginnt die vierwöchige Frist für die Anbringung des Unterstützungsanspruches mit dem 1. Juli 1892. — Der Deutsche Landwirthschaftsrath theilte dem Minister v. Bötticher mit, daß die dem Bundesrath vorgelegte Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz der Altersgrenze, von der ab der Unterstützungswohnsitz erworben werden kann, auf das 18. Jahr festgesetzt und polizeiliche Strafvorschriften für Verlassen der Angehörigen ohne Unterstützung vorsehe.

Berlin. Der „Hannov. Post." zufolge ist der wesentliche Inhalt des mit dem Herzog von Cumberland abgeschlossenen Vertrages der, daß der Fonds vorläufig noch in preußischer Verwahrung bleibt, aber die Zinsen dem Herzog ausgezahlt werden. Der Fonds

Pfund's Berühmte (Kelmsriche) Milch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzenstr. 41/42. Trocken-fütterung.